



Eine überarbeitete Handelspolitik für ein stärkeres Europa

Konsultationspapier

16. Juni 2020

I. Einführung

Wie in ihrem jüngsten Vorschlag zur Regeneration Europas nach dem Coronavirus „*Die Stunde Europas – Schäden beheben und Perspektiven für die nächste Generation eröffnen*¹“ angekündigt, leitet die Europäische Kommission eine Überprüfung der Handels- und Investitionspolitik der EU ein. Dieser Prozess wird durch zwei zentrale Ziele angetrieben. Erstens soll untersucht werden, wie die Handelspolitik zu einem raschen und nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung beitragen kann, indem sie die Wettbewerbsfähigkeit in der Zeit nach Covid-19 stärkt, sich den Herausforderungen stellt, vor denen die EU stehen wird, und zur Förderung unserer Werte und Normen beiträgt. Zweitens soll ermittelt werden, wie die Handelspolitik zum Aufbau einer stärkeren EU auf der Grundlage des Modells der „offenen strategischen Autonomie“ beitragen kann – dabei sollen die Vorteile der Offenheit für unsere Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher genutzt werden, während wir sie gleichzeitig vor unlauteren Praktiken schützen und unsere Widerstandsfähigkeit ausbauen, um für künftige Herausforderungen besser gerüstet zu sein.

Im Wesentlichen wird diese Überprüfung der Politik die politische Richtung für die Handels- und Investitionspolitik der EU in den kommenden Jahren vorgeben.

Als wesentlicher Bestandteil dieses Überprüfungsprozesses und im Einklang mit unserer Verpflichtung, unsere Bürger und Interessengruppen auf transparente Art und Weise einzubinden, leiten wir eine öffentliche Konsultation ein, um umfassende Beiträge zu den unten aufgeführten Themen und Fragen zu sammeln.

Wir freuen uns über Beiträge von allen Interessengruppen: der Industrie, den Sozialpartnern, der Zivilgesellschaft und unseren Bürgern. Wir sind insbesondere daran interessiert, von den vielen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu hören, die das Rückgrat unserer Exportwirtschaft bilden, um zu ermitteln, wie die Handelspolitik sie beim Zugang zu ausländischen Märkten und bei der Erweiterung ihres Kunden- und Lieferantenkreises unterstützen kann. Die eingehenden Antworten werden der Europäischen Kommission helfen, die Richtung der EU-Handelspolitik für die mittelfristige Zukunft festzulegen.

Hintergrund

Der Handel ist ein wichtiger Teil der EU-Wirtschaft und unseres täglichen Lebens. Er sichert viele unserer Arbeitsplätze und ermöglicht eine größere Vielfalt für die Verbraucher. Der internationale Handel fördert unseren Wohlstand und den unserer internationalen Partner. In den letzten Jahrzehnten hat die EU in hohem Maße von der weltwirtschaftlichen Verflechtung profitiert, wobei

¹ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1590732521013&uri=COM:2020:456:FIN>

der Außenhandel fast 35 % unseres Bruttoinlandsprodukts (BIP) entsprach, während der Wert der ausländischen Direktinvestitionen in der EU, bezogen auf das BIP, 40 % betrug. Die Offenheit der EU vor der Covid-19-Krise war weltweit eine der bedeutendsten; mit 35 Millionen von Ausfuhren abhängigen europäischen Arbeitsplätzen und 16 Millionen europäischen Arbeitsplätzen, die von ausländischen Investitionen abhängen. Mit anderen Worten: Jeder siebte Arbeitsplatz hängt heute von Ausfuhren ab – zwei Drittel mehr als im Jahr 2000.

Auch für unsere KMU ist der Handel von großer Bedeutung. Sie machen 87 % aller ausführenden Unternehmen der EU aus und sind eine treibende Kraft für ihre Ausfuhrleistung. Und schließlich ist die EU auch der weltweit größte Investor mit einem Bestand von über 8,7 Billionen Euro, der von EU-Investoren im Ausland gehalten wird und zur Wettbewerbsfähigkeit der EU-Unternehmen beiträgt. Der weltweite Bedarf an privaten Investitionen wird in den kommenden Jahren noch weiter zunehmen, sodass wir die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (sustainable development goals, SDG) erreichen können.²

Während Ausfuhren häufig als Maßstab für den Erfolg herangezogen werden, sind Einfuhren in einer auf internationaler Arbeitsteilung basierenden Weltwirtschaft von ebenso großer Bedeutung. Hier in Europa sind wir auf Einfuhren angewiesen, um unsere Unternehmen mit notwendigen Rohstoffen und Vorleistungen zu versorgen und um unseren Wettbewerbs- und Technologievorsprung zu erhalten, der uns hilft, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, innovative Produkte zu entwickeln und herzustellen und die Bedürfnisse der Verbraucher zu befriedigen. Der EU-Binnenmarkt selbst ist ein lebender Beweis für die wesentlichen Vorteile, die Handel und Zusammenarbeit bieten können.

Abgesehen von den wirtschaftlichen Vorteilen spielt die Handelspolitik eine wichtige Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Werte und Normen der EU, sowohl im In- als auch im Ausland. Die einheitliche Haltung der Handelspolitik bei der Repräsentation eines Marktes mit 450 Millionen Verbrauchern ist ein wichtiges Instrument für die europäische Führungsrolle in der Welt. Die Förderung von Werten (u. a. in Bezug auf Menschenrechte, Umwelt/Klima, Sozial- und Arbeitsrechte, nachhaltige Entwicklung und Gleichstellung der Geschlechter) ist zu einem festen Bestandteil unseres Engagements für eine nachhaltigere und verantwortlichere Handelspolitik geworden.

Darüber hinaus bewegt sich unsere gemeinsame Handelspolitik heute in einem sowohl extern als auch intern immer anspruchsvolleren Umfeld. Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert die Entwicklung einer Handelspolitik, die kohärenter und stärker in die externen und internen Prioritäten der EU integriert ist.

Nach außen hin ist der Handel zunehmend der Unbeständigkeit internationaler Beziehungen ausgesetzt. Spannungen zwischen den großen globalen Volkswirtschaften, die Zunahme einseitiger Vorgehensweisen und des wirtschaftlichen Nationalismus, eine stärkere Einbindung des Staates in die Wirtschaft, die Aufrüstung der Handelspolitik für wirtschaftliche oder geopolitische Ziele – all diese Faktoren haben zu einer Schwächung der globalen Regierungsstrukturen im Allgemeinen und der auf multilateralen Regeln basierenden Ordnung im Besonderen geführt.

Intern hat die Überzeugung abgenommen, dass die Vorteile der Globalisierung und des technologischen Wandels gerecht und über Wertschöpfungsketten, Wirtschaftszweige und die Gesellschaft als Ganzes verteilt werden. Darüber hinaus befürworten die EU-Bürger zunehmend eine stärkere Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsagenda. Die Handelspolitik muss sich proaktiv für die Förderung internationaler Umwelt- und Sozialnormen sowie Normen für eine verantwortliche

² Bereits vor der Covid-19-Krise wurde die Finanzierungslücke zur Erreichung der SDG in den Entwicklungsländern auf 2,5 bis 3 Billionen US-Dollar pro Jahr geschätzt (Quelle: UNCTAD)

Regierungsführung in den Partnerländern einsetzen und gleichzeitig gewährleisten, dass unsere eigenen europäischen Werte und Normen nicht durch den Handel untergraben werden. Die Handelspolitik muss zur Bewältigung der generationsbedingten Herausforderungen – dem grünen und digitalen Übergang – beitragen, entsprechend den politischen Prioritäten der Kommission³.

Die Covid-19-Krise hat diese Herausforderungen noch verschärft. In ihrer Frühjahrsprognose 2020 geht die Kommission davon aus, dass die EU-Wirtschaft durch die Pandemie im Jahr 2020 um 7,4 % schrumpfen wird, während das globale BIP um 3,5 % fallen und der Welthandel Einbußen zwischen 10 und 16 % erfahren wird. Gleichzeitig hat die Pandemie einige der Herausforderungen offenbart, die mit einem hohen Grad an Verflechtung verbunden sind. Außerdem hat die Krise die entwicklungspolitischen Herausforderungen in den Entwicklungsländern verstärkt. Der Europäische Aufbauplan⁴ bietet einen Fahrplan für ein nachhaltigeres, widerstandsfähigeres und gerechteres Europa für die nächste Generation – und die Handelspolitik muss sich anpassen, um diese Ziele zu unterstützen.

II. Handelspolitik in der Zeit nach Covid-19

- ***Mehr Widerstandsfähigkeit aufbauen – interne und externe Dimensionen***

Die Covid-19-Krise hat sowohl weltweit als auch innerhalb der EU eine Reihe von Schwachstellen ans Licht gebracht, die es zu berücksichtigen gilt. Im Hinblick auf die Lieferung medizinischer Ausrüstung und Schutzausrüstungen entstanden unmittelbar Bedenken: Die Krise offenbarte das Risiko einer zu großen Abhängigkeit von einem oder einer begrenzten Anzahl von Lieferanten kritischer Güter und Dienstleistungen in diesen Wirtschaftszweigen. Daher müssen wir prüfen, wie wir unsere Widerstandsfähigkeit verbessern können.

Infolgedessen sollte die EU ein **Modell der „offenen strategischen Autonomie“** verfolgen. Darunter ist schlicht und ergreifend die Stärkung der Fähigkeit der EU zu verstehen, ihre eigenen Interessen unabhängig und durchsetzungsfähig zu verfolgen und gleichzeitig weiterhin mit Partnern in der ganzen Welt zusammenzuarbeiten, um globale Lösungen für globale Herausforderungen zu finden. Es ist ebenso unwahrscheinlich, dass die EU bei der Herstellung bestimmter komplexer kritischer Gesundheitsprodukte unabhängig sein wird, wie es unmöglich ist, globale Klima- und Umweltprobleme im Alleingang zu bewältigen.

Wir wollen weiterhin von den Vorteilen des auf internationalen Regeln basierenden Handels profitieren und auf internationaler Ebene eine Führungsrolle übernehmen, jedoch gleichzeitig über die richtigen Instrumente verfügen, um uns vor unlauteren Praktiken zu schützen. Wir wollen die richtige Balance finden zwischen einem Europa, das „offen für den Handel“ ist, und einem Europa, das seine Bürger, Unternehmen und Normen schützt. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen EU-Unternehmen weiterhin über Handel und Investitionen Zugang zu ausländischen Märkten erhalten. Um die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen, müssen wir unsere Abhängigkeiten verstehen und unsere Schwachstellen durch den richtigen Policy-Mix verringern.

Dies spiegelt das Ziel wider, „[Ein stärkeres Europa in der Welt](#)“ aufzubauen. Wie Präsidentin Ursula von der Leyen in ihren politischen Leitlinien dargelegt hat, sollten wir die Rolle Europas als globaler

³ https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission_de.pdf
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1588580774040&uri=CELEX:52019DC0640>
<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/content/european-digital-strategy>

⁴ https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/recovery-plan-europe_de

Marktführer und Standardgeber durch eine starke, offene und faire Handelsagenda im weiteren Kontext des außenpolitischen Handelns der Union stärken.

Allgemein gesprochen sollte die Handelspolitik die **Stabilisierung unseres strategischen Zusammenwirkens** mit den wichtigsten Handelspartnern im Einklang mit unseren Werten, Interessen und Zielen zum Ziel haben und gleichzeitig zur Diversifizierung unserer Beziehungen und zur Schaffung von Allianzen mit gleich gesinnten Staaten beitragen.

Die transatlantische Beziehung wird von besonderer Bedeutung sein, da sie nach wie vor die Hauptschlagader der Weltwirtschaft sein und eine umfassendere Bündelung von Interessen und Grundwerten widerspiegeln wird. In der heutigen Welt wird man jedoch auch der Entwicklung unserer Beziehungen zu anderen wichtigen Handelspartnern große Aufmerksamkeit widmen müssen. In dieser Hinsicht wird es wichtig sein, zu überlegen, wie wir unsere Beziehungen zu China – sowohl als zentraler Kooperationspartner als auch als systemischer Rivale – weiterentwickeln können.⁵

Im Falle der **Lieferketten** wird die Verbesserung der Widerstandsfähigkeit eine Kombination von Maßnahmen erfordern, die von einer faktenbasierten Analyse unserer Schwachstellen und den verfolgten Zielen für die öffentliche Ordnung abhängen. Diese können von der Diversifizierung der Versorgung auf Länder- und Unternehmensebene, strategischen Reserven und Vorratshaltung bis hin zur Verkürzung der Versorgungsketten oder der Steigerung der inländischen Produktion reichen. Die Verbesserung der Nachhaltigkeit der Versorgungsketten kann zusätzlich dazu beitragen, ihre Widerstandsfähigkeit zu erhöhen.

Um die **Widerstandsfähigkeit zu erhöhen**, wird die EU sowohl intern als auch extern handeln müssen. **Nach außen** hin wird es darauf ankommen, internationale Regierungsmaßnahmen zu entwickeln, die die Stabilität und Planbarkeit unterstützen. Die Handelspolitik kann hier eine führende Rolle spielen, indem sie z. B. den regelbasierten Handel unterstützt, für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaften knüpft und multilaterale, plurilaterale und bilaterale Handelsabkommen fördert, die wichtige Spillover-Effekte in anderen Politikbereichen haben, oder indem sie die internationale Rolle des Euro fördert.

Die positiven Auswirkungen von EU-Investitionen sollten unseren Partnern einen Anreiz bieten, ihr inländisches Geschäftsumfeld zu verbessern und sicherzustellen, dass EU-Unternehmen nicht diskriminiert werden. Die internationale Investitionspolitik der EU, die Teil ihrer Handelspolitik ist, wird dieses Ziel im Einklang mit den umfassenderen gesellschaftlichen Forderungen, insbesondere nach nachhaltigen und verantwortlichen Investitionen, verfolgen müssen.

Die Rolle der Handelspolitik im Inneren Europas umfasst die Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaftszweige (durch Ausfuhrmöglichkeiten und die Festlegung von Normen), den Schutz von Unternehmen und Arbeitnehmern in der EU vor der zunehmenden Anzahl unlauterer Handelspraktiken und einen Beitrag zur Sicherheit, insbesondere durch die Prüfung ausländischer Direktinvestitionen (ADI) und Ausfuhrkontrollen für Güter mit doppeltem Verwendungszweck.

Die Covid-19-Krise hat deutlich gezeigt, dass die EU, um ein offener Raum für Investitionen zu bleiben, in der Lage sein muss, zu kontrollieren, wer in ihrem Hoheitsgebiet investiert und zu welchem Zweck, und zu reagieren, wenn eine ausländische Investition eine Bedrohung für die Sicherheit und die öffentliche Ordnung darstellt. Die EU-Verordnung über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in Verbindung mit effizienten Überprüfungsmechanismen in den

⁵ https://ec.europa.eu/commission/news/eu-china-strategic-outlook-2019-mar-12_de

Mitgliedstaaten sollte Unternehmen und Bürger vor Risiken im Zusammenhang mit ausländischen Investitionen schützen; die Bedeutung dieses Mechanismus wird in den kommenden Jahren voraussichtlich zunehmen, wenn neue Bedrohungen und Beteiligte hinzukommen.

Frage 1: Wie kann die Handelspolitik dazu beitragen, die Widerstandsfähigkeit der EU zu verbessern und ein Modell offener strategischer Autonomie aufzubauen?

Frage 2: Welche Initiativen sollte die EU – allein oder zusammen mit anderen Handelspartnern – ergreifen, um Unternehmen, einschließlich KMU, bei der Risikobewertung sowie bei der Stabilisierung und Diversifizierung von Lieferketten zu unterstützen?

- ***Unterstützung der sozialen und wirtschaftlichen Erholung und des Wachstums***

Es wird erwartet, dass die Covid-19-Krise zu einer **tiefen globalen Rezession** mit hoher Arbeitslosigkeit, steigender Staatsverschuldung und geringeren privaten Investitionen (mindestens 30 % Rückgang der weltweiten ADI-Ströme) führen wird – was zu einer **wachsenden Rolle des Staates bei der Steuerung der Wirtschaft führen könnte**.

Da die Länder mit den Nachwirkungen der Krise zu kämpfen haben, besteht die Gefahr, dass der von ihnen gewählte Policy-Mix protektionistischer ausfällt, zum Nachteil ihrer eigenen Wirtschaft und der Verbraucher, wodurch die globale Erholung beeinträchtigt und insbesondere die Entwicklungsländer gefährdet werden. Eine besondere Herausforderung wird es sein, dafür zu sorgen, dass kurzfristige berechnete Krisenreaktions- und Sanierungsmaßnahmen, in Bezug auf anhaltende verzerrende staatliche Interventionen und Eingriffe in das Funktionieren der Weltwirtschaft, nicht zur „neuen Norm“ werden.

Damit der Handel und die Investitionen gedeihen und unsere Chancen auf eine wirtschaftliche Erholung maximiert werden können, ist ein **stabiler, vorhersehbarer und zuverlässiger Rahmen für eine auf Regeln basierende internationale Wirtschaftsführung** erforderlich. Folglich müssen sämtliche Anstrengungen unternommen werden, um die Welthandelsorganisation (WTO) zu reformieren und sie wieder zu einem wirksamen Forum zu machen, das neue und angemessene Regeln für den Handel entwickelt, ihre Umsetzung gewährleistet und zur Streitbeilegung beiträgt.

In den kommenden Jahren wird es auch für die EU-Wirtschaft von entscheidender Bedeutung sein, von den Wachstumschancen im Ausland zu profitieren. Diesbezüglich ist die EU dank ihres **Netzes von Handelsabkommen** mit 76 Ländern auf der ganzen Welt bereits gut aufgestellt.

Es sollte mehr getan werden, um unseren Ausfuhrern, insbesondere unseren KMU, dabei zu helfen, die Vorteile dieser Übereinkommen in vollem Umfang zu nutzen, indem ein größerer **Marktzugang und Handelserleichterungen** gewährleistet werden, die **Bedingungen für Investitionen** verbessert werden, die **Rechte des geistigen Eigentums**, einschließlich geographischer Angaben, **geschützt** werden, aber auch indem man sich auf Probleme bei der **Umsetzung und Durchsetzung** konzentriert und, ganz allgemein, indem man die Stabilität und Vorhersehbarkeit bietet, die die Wirtschaftsbeteiligten brauchen. In diesem Zusammenhang könnte eine Stärkung der Ausfuhrkreditregelung der EU in Betracht gezogen werden. Eine Ausweitung der Investitionserleichterungen könnte EU-Investoren, einschließlich KMU, dabei unterstützen, ausländische Märkte zu erreichen. Intern wird die EU dafür Sorge tragen müssen, dass sie ein attraktives Ziel für Investitionen bleibt.

In diesem Zusammenhang spielt die Förderung der **internationalen Kooperation bei Regulierungsfragen** eine wichtige Rolle. Europäische Regelungen haben oft globale Auswirkungen, z. B. in Bezug auf Datenschutz oder Klimaschutz- und Umweltnormen. Die EU hat sich zudem äußerst aktiv an der Entwicklung internationaler Normen beteiligt, und einige unserer Handelsabkommen enthalten eine Komponente bezüglich der Kooperation bei Regulierungsfragen. Die EU wird eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung von Vorschriften und Normen für neue und grüne Technologien – der Schlüssel für zukünftige nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum – spielen.

Ein besonderer Schwerpunkt sollte auf die engsten Partner der EU in den **Nachbarregionen und in Afrika** gelegt werden. Zusätzlich zu ihrer geografischen und geopolitischen Bedeutung bieten diese Länder wichtige Wachstums- und Produktmärkte sowie eine wichtige Quelle für die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen und die Integration der Wertschöpfungskette. Es ist daher sowohl für die EU als auch für diese Partner von beiderseitigem Nutzen, unsere Handels- und Investitionsbeziehungen, auch auf multilateraler Ebene, weiter zu stärken.

Frage 3: Wie sollte der multilaterale Handelsrahmen (WTO) gestärkt werden, um Stabilität, Vorhersehbarkeit und ein regelbasiertes Umfeld für fairen und nachhaltigen Handel sowie für Investitionen zu gewährleisten?

Frage 4: Wie können wir unser breites Netz bestehender oder neuer Freihandelsabkommen nutzen, um den Marktzugang für EU-Ausführer und -Investoren zu verbessern und die internationale Kooperation in Regulierungsfragen zu fördern – insbesondere in Bezug auf die bestmögliche Nutzung digitaler und grüner Technologien und Normen?

Frage 5: Welche Partner und Regionen sollte die EU bei ihrem Engagement vorrangig berücksichtigen? Wie können wir insbesondere unsere Handels- und Investitionsbeziehungen mit den angrenzenden Staaten und Afrika zu unserem gegenseitigen Nutzen stärken?

Frage 6: Wie kann die Handelspolitik die überarbeitete europäische Industriepolitik unterstützen?

- **Unterstützung der KMU**

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind das **Rückgrat der europäischen Wirtschaft**, sichern Millionen von Arbeitsplätzen und sind die Triebkräfte der Innovation. Ausfuhren bedeuten für KMU in erster Linie, ihre Waren und Dienstleistungen in andere EU-Länder zu verkaufen. Indem sie jedoch den EU-Binnenmarkt nutzen, um die für Ausfuhren erforderliche Größenordnung und Erfahrung zu erlangen, machen viele KMU anschließend den nächsten Schritt und gehen über die Grenzen der EU hinaus. Die Anzahl der KMU, die Waren und Dienstleistungen in Länder außerhalb der EU ausführen, ist somit im Laufe der Zeit stetig gestiegen. Im Jahr 2017 (jüngste vorliegende Zahlen) waren mehr als 85 % aller ausführenden Unternehmen der EU-27 KMU. Es wird geschätzt, dass die ausführenden KMU rund 13,4 Millionen Arbeitsplätze in Europa sichern.⁶ Auf KMU entfallen zudem rund 40 % aller EU-Dienstleistungsausfuhren.

KMU profitieren von der allgemeinen Ausrichtung der EU-Handelspolitik, da sie besonders auf ein **zuverlässiges und vorhersehbares Geschäftsumfeld** angewiesen sind, und sie werden von einem

⁶ *The role of SMEs in extra-EU exports: Key performance indicators*, Chief Economist Note, 15. Juni 2020, https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2020/june/tradoc_158778.pdf

verbesserten Zugang zu wachsenden Märkten durch unsere Handels- und Investitionsabkommen profitieren.

Allerdings sind KMU tendenziell mit **höheren Kosten für die Teilnahme am internationalen Handel** konfrontiert, was hauptsächlich auf die Schwierigkeiten beim Zugang zu Informationen über potenzielle Lieferanten und Geschäftspartner in Drittländern sowie auf Probleme beim Zugang zu Finanzmitteln zurückzuführen ist. Die EU hat daher spezifische Instrumente und Maßnahmen eingeführt, um sie bei ihren Geschäftsaktivitäten im Ausland zu unterstützen, insbesondere die Aufnahme von Kapiteln über KMU in die jüngsten Freihandelsabkommen, die Einrichtung von KMU-spezifischen Kontaktstellen, das Enterprise Europe Network⁷, ein Helpdesk für Rechte des geistigen Eigentums (IPR) für KMU und ein TDI-Helpdesk für KMU. Die Kommission hat ferner verschiedene „Market Access Days“ in den Mitgliedstaaten organisiert, um KMU zu erreichen und ihnen zu helfen, etwaige Hindernisse zu überwinden, denen sie bei der Ausfuhr in Drittländer begegnen könnten. Darüber hinaus haben verschiedene umfassendere Initiativen der Kommission die Internationalisierung von KMU zum Ziel.⁸

Es gibt jedoch zweifellos noch viel **ungenutztes Potenzial im Hinblick auf die Unterstützung der Handels- und Investitionsaktivitäten der europäischen KMU**, insbesondere im Rahmen der wachsenden Anzahl von Handels- und Investitionsabkommen der EU. Viele KMU sind sich dieser Chancen, auch für die Vergabe öffentlicher Aufträge, nicht bewusst oder neigen zu der Annahme, dass sie nur größeren Unternehmen zugutekommen. Darüber hinaus sind die KMU am stärksten von der Unterbrechung der Lieferketten infolge der COVID-19-Krise sowie vom Rückgang der weltweiten Nachfrage betroffen. Während der Zugang zu Finanzmitteln von wesentlicher Bedeutung sein wird, kann die Handelspolitik ebenfalls dazu beitragen, ihre Erholung zu unterstützen, indem sie neue Möglichkeiten schafft.

Frage 7: Was kann noch getan werden, um den KMU zu helfen, von den Möglichkeiten des internationalen Handels und der internationalen Investitionen zu profitieren? Wo liegen ihre spezifischen Bedürfnisse oder besonderen Herausforderungen, die durch handels- und investitionspolitische Maßnahmen und Unterstützung gelöst werden könnten?

- ***Unterstützung des grünen Übergangs und Förderung eines nachhaltigeren und verantwortlicheren Handels***

Die Covid-19-Pandemie hat weder den **Klimawandel noch den Rückgang der biologischen Vielfalt oder die nicht nachhaltige Nutzung von Ressourcen** gestoppt. Im Gegenteil, ihre Bekämpfung hat nach wie vor Priorität. Gleichzeitig besteht die reale Gefahr, dass diese Themen bei der Konzentration auf die weltweite wirtschaftliche Erholung vernachlässigt werden.

Die EU ist **weltweit führend in den Bereichen Klimaschutz und Nachhaltigkeit**, und als Europas Wachstumsstrategie sollte der europäische Grüne Deal als Fahrplan im Rahmen der globalen Aufbaubemühungen dienen und den Übergang zu einer klimaneutralen und nachhaltigeren Wirtschaft unterstützen. In der Gemeinsamen Mitteilung über die globale Reaktion der EU auf

⁷ Das weltweit größte Unterstützungsnetzwerk für KMU mit internationalen Zielen <https://een.ec.europa.eu/>.

⁸ https://ec.europa.eu/growth/smes/access-to-markets/internationalisation_en

COVID-19⁹ wurde die Bedeutung der Nachhaltigkeit sowie der Berücksichtigung von Arbeitnehmerrechten und Unternehmensverantwortung in allen Wertschöpfungsketten betont. Die Förderung menschenwürdiger Arbeit¹⁰ und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im In- und Ausland bleiben eine Priorität für die EU. Darüber hinaus engagiert sich die Kommission uneingeschränkt für die SDG der Vereinten Nationen und verstärkt ihre Bemühungen, sie in alle ihre Politikbereiche zu integrieren. Die speziellen Auswirkungen der Krise auf die Entwicklungsländer werden besondere Aufmerksamkeit erfordern.

Die Handelspolitik spielt bei dieser Aufgabe eine wichtige Rolle¹¹. Die Bemühungen zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung durch die Handelspolitik haben in den letzten Jahren bereits erheblich zugenommen, was sich im Aktionsplan für Handel und nachhaltige Entwicklung in 15 Aktionspunkten¹² widerspiegelt, vor allem durch rechtsverbindliche Verpflichtungen zur Ratifizierung und wirksamen Umsetzung internationaler Umweltübereinkommen, insbesondere des Übereinkommens von Paris und des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD), sowie internationaler Arbeitsnormen. Die Durchsetzungs- und Umsetzungsbemühungen wurden erheblich verstärkt, unter anderem durch die Einleitung von Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten, und die Schaffung der Stelle des Leitenden Handelsbeauftragten.

Die EU-Handelspolitik kann dazu beitragen, den Wandel sowohl innerhalb unseres Binnenmarkts als auch weltweit voranzutreiben, insbesondere durch den Einsatz ihrer Instrumente (multilateral, bilateral oder unilateral), um **einen nachhaltigen Ansatz für Handel und Investitionen zu fördern und zur Entwicklung beizutragen**. Diese reichen von der Erleichterung des grünen Handels und grüner Investitionen über die Unterstützung der Umsetzung internationaler Normen bis hin zur Einbeziehung unserer Handelspartner in die Notwendigkeit, gemeinsame Herausforderungen anzugehen, sei es der Klimawandel oder die Umwelt im weiteren Sinne, nachhaltige Fischerei oder nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken, Menschen- und Arbeitsrechte oder Fragen der Geschlechtergleichstellung.

Die Absicht der Kommission, die Einhaltung des Übereinkommens von Paris zu einem wesentlichen Element für alle künftigen umfassenden Handelsabkommen zu machen, ein CO₂-Grenzabgabensystem einzurichten, um das Risiko einer Verlagerung von CO₂-Emissionen zu verringern, falls die Differenzen in den Klimazielen weltweit fortbestehen sollten, und eine Nulltoleranz-Politik für Kinderarbeit sind allesamt Ausdruck des Engagements der Kommission, den Handel nachhaltiger und verantwortlicher zu gestalten.

Darüber hinaus hat die **Covid-19-Krise die Diskussionen über die Förderung von Nachhaltigkeit, verantwortlichem Unternehmenshandeln und Transparenz in Lieferketten weiter angefacht**, insbesondere durch Systeme zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht als Instrument zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit.¹³

⁹ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1587137884705&uri=CELEX%3A52020JC0011>

¹⁰ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=LEGISSUM%3Aem0023>

¹¹ *Der europäische Grüne Deal*, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1593155969101&uri=CELEX:52019DC0640>

EU-Biodiversitätsstrategie für 2030: Mehr Raum für die Natur in unserem Leben, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1590574123338&uri=CELEX:52020DC0380>

„Vom Hof auf den Tisch“ – eine Strategie für ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52020DC0381>

¹² https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/february/tradoc_156618.pdf

¹³ <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/8ba0a8fd-4c83-11ea-b8b7-01aa75ed71a1/language-en/format-PDF>

Im Rahmen unserer Überprüfung der Handelspolitik sollten wir darüber nachdenken, wie wir die Handelspolitik am wirksamsten dazu nutzen können, gesellschaftliche Veränderungen innerhalb der EU und in unseren Partnerländern herbeizuführen.

Frage 8: Wie kann die Handelspolitik den Übergang zu einer grüneren, gerechteren und verantwortlicheren Wirtschaft im In- und Ausland fördern? Wie kann die Handelspolitik die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (SDG) weiter fördern? Wie sollten Umsetzung und Durchsetzung diese Ziele unterstützen?

Frage 9: Wie kann die Handelspolitik dazu beitragen, ein verantwortlicheres Unternehmenshandeln zu fördern? Welche Rolle sollte die Handelspolitik bei der Förderung transparenter, verantwortlicher und nachhaltiger Lieferketten spielen?

- ***Unterstützung des digitalen Übergangs und der technologischen Entwicklung***

Die Covid-19-Krise hat die digitale Revolution beschleunigt – E-Commerce, E-Learning, Telearbeit/Home-Office und elektronische Dienste sind zu festen Bestandteilen unserer Gesellschaft geworden. Auch wenn wir möglicherweise in einigen Bereichen zu früheren Praktiken zurückkehren werden, werden viele andere dauerhaft bestehen bleiben.

Die Krise hat daher **die Bedeutung des digitalen Handels** und seine Rolle bei der Erleichterung globaler Wertschöpfungsketten und der Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen **hervorgehoben** und gleichzeitig die Notwendigkeit eines wirksamen Datenschutzrahmens bekräftigt. Diese Entwicklungen haben Forderungen nach einer beschleunigten Festlegung internationaler Normen für den elektronischen Handel, einschließlich des Datenflusses, ausgelöst, insbesondere durch die Initiative der WTO für eine gemeinsame Stellungnahme zum elektronischen Handel. Zusätzlich zu den Bestimmungen über den Datenfluss in Handelsabkommen erleichtern die Instrumente, die in der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) der EU für internationale Datentransfers vorgesehen sind, sichere Datenflüsse, die ein hohes Datenschutzniveau gewährleisten.

Darüber hinaus beeinflussen neue Technologien und Veränderungen in den Geschäftsmodellen, insbesondere in den Bereichen künstliche Intelligenz, Blockchain und 3D-Druck – sowohl, womit wir handeln, als auch die Art und Weise, wie wir Handel treiben.

Gleichzeitig beobachten wir die **Stärkung durchsetzungsfähiger industriepolitischer Maßnahmen durch Drittländer**, insbesondere in High-Tech-Branchen, in der Regel durch umfangreiche staatliche Unterstützung. Diese Entwicklung begann bereits vor der Pandemie und wird für EU-Unternehmen ein immer größeres Risiko von Handelsverzerrungen mit sich bringen.

Angesichts der jüngsten Entwicklungen müssen wir prüfen, wie die EU-Handelspolitik den digitalen Übergang unterstützen und dazu beitragen kann, die Position der EU im digitalen Bereich langfristig zu sichern.

Frage 10: Wie können digitale Handelsregeln den EU-Unternehmen, einschließlich KMU, zugutekommen? Wie könnte der digitale Übergang innerhalb der EU, aber auch bei den Handelspartnern in den Entwicklungsländern, durch die Handelspolitik unterstützt werden, insbesondere wenn es um digitale Schlüsseltechnologien und wichtige Entwicklungen geht (z. B.

Blockchain, künstliche Intelligenz, Big-Data-Ströme)?

Frage 11: Welches sind die größten Hindernisse und Chancen für europäische Unternehmen, die im digitalen Handel in Drittländern tätig sind, bzw. für Verbraucher, wenn sie sich am elektronischen Handel beteiligen? Wie wichtig sind die internationalen Datentransfers für die Geschäftstätigkeit der EU?

- **Gewährleistung von Gerechtigkeit und gleichen Wettbewerbsbedingungen**

Das Bekenntnis zur Offenheit steht nach wie vor im Mittelpunkt der EU-Pläne für künftiges Wachstum, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Dieses Engagement muss jedoch Hand in Hand gehen mit Bemühungen, die **gewährleisten, dass unsere Offenheit nicht durch unlautere, feindselige oder wettbewerbsverzerrende Handelspraktiken missbraucht wird**. Verantwortliches Handeln im Steuerbereich spielt ebenfalls eine Rolle bei der Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen und sollte Handels- und Investitionsinstrumente ergänzen.

Vor der Krise wurde diese Offenheit zunehmend von anderen großen Anbietern ausgenutzt, insbesondere durch eine Industriepolitik mit umfangreichen staatlichen Interventionen, und es besteht die Befürchtung, dass es nach der Covid-19-Krise zu einem Anstieg derartiger missbräuchlicher Praktiken kommen könnte. In jüngster Zeit sind zudem einige Handelspartner wieder zu Zwangsmaßnahmen übergegangen. Es muss weiter darüber nachgedacht werden, wie die EU mit diesen Zwangsmaßnahmen umgeht, mit denen die EU oder ihre Mitgliedstaaten gezwungen werden sollen, in bestimmter Weise zu handeln oder nicht zu handeln.

Der bevorzugte Ansatz der EU im Umgang mit solchen Vorgehensweisen ist die **Schaffung gleicher Ausgangsbedingungen durch die Vereinbarung klarer Regeln mit unseren Partnern**, zum Beispiel durch neue Regeln für Industriesubventionen in der WTO oder in unseren regionalen und bilateralen Handelsabkommen.

Dies ist jedoch nicht immer möglich, und derartige Verpflichtungen werden von unseren Partnern nicht immer eingehalten. In solchen Fällen ist es **wichtig, unsere Rechte mit mehr Nachdruck zu verteidigen**, indem wir die bestehenden Instrumente des Handelsschutzes oder der Streitbeilegung nutzen – und gleichzeitig, wo nötig, neue Instrumente schaffen, wie z. B. die Verbesserung der Durchführungsverordnung und den Schutz und die Verbesserung der Streitbeilegungsmechanismen in der WTO und in bilateralen Handelsabkommen.

Die Einführung des Instruments betreffend das internationale Beschaffungswesen oder die Arbeit der Kommission zur Bekämpfung der verzerrenden Auswirkungen ausländischer Subventionen auf den Binnenmarkt¹⁴ stellen weitere Beispiele dar. Die Ernennung eines Leitenden Handelsbeauftragten unterstreicht die zunehmende Konzentration auf die ordnungsgemäße Umsetzung der von unseren Handelspartnern in bilateralen und multilateralen Abkommen eingegangenen Verpflichtungen, sei es im Bereich des Marktzugangs oder der nachhaltigen Entwicklung.

Frage 12: Wie sollte die EU zusätzlich zu den bestehenden Instrumenten, wie z. B. Handelsschutz, gegen Zwangsmaßnahmen, verzerrende und unlautere Handelspraktiken von Drittländern vorgehen?

¹⁴ Weißbuch – Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen bei Subventionen aus Drittstaaten, veröffentlicht am 17.6.2020

Sollten bestehende Instrumente weiter optimiert oder zusätzliche Instrumente in Betracht gezogen werden?

- **Allgemeine Frage**

Frage 13: Mit welchen anderen wichtigen Themen, die nicht von den obigen Fragen abgedeckt werden, sollte sich die Überprüfung der Handelspolitik befassen?

III. Konsultationsverfahren

Das Verfahren zur Überprüfung der Handelspolitik wird sich auf breit angelegte Konsultationen mit Interessengruppen stützen, unter anderem durch öffentliche Aussprachen in den EU-Mitgliedstaaten und durch öffentliche Stellungnahmen.

Die Interessengruppen werden gebeten, ihre Antworten auf die vorstehenden Fragen **bis zum 15. November 2020 an die funktionale Mailbox** zu senden: trade-policy-review-2020@ec.europa.eu.

Dieses Konsultationspapier wird ab Juli in allen EU-Amtssprachen verfügbar sein.

Erklärung zum Datenschutz: <https://trade.ec.europa.eu/doclib/html/158781.htm>